

„Ich habe gelernt, niemals aufzugeben“

Tedros Tekie lebt seit Jahren ein glückliches Familienleben im Saarland. Der Weg hierher war für den 38-Jährigen aus Eritrea jedoch ein langer und auch leidensvoller Weg.

VON TOM PETERSON

LEBACH/HOMBURG Flüchtling schaut Tedros Tekie auf die sauberlich ausgedruckten Seiten Papier, die er vor sich auf den Tisch gelegt hat. „Ich mache so etwas zum ersten Mal“, sagt er und versucht zu lächeln. Die Nervosität ist dem 38-Jährigen dennoch anzusehen. Denn es ist das erste Mal, dass er seine Geschichte öffentlich macht. Und dann beginnt Tekie zu erzählen: Von seiner alten Heimat in Eritrea. Seiner Flucht nach Europa, die ihn 2014 schließlich nach Deutschland und ins Saarland nach Homburg brachte. Von seiner Ehefrau und seinen Kindern. Seiner Ausbildung zum Berufskraftfahrer. Sowie von seinem großen Traum, für sich und seine Familie einmal ein Haus zu kaufen – und wie beschwerlich sein Weg zu der staatlichen Erlaubnis war, die ihm das ermöglichen würde.

Sein Heimatland verlassen wollte Tekie dabei ursprünglich überhaupt nicht. „Als Schüler war ich fleißig und gehörte zu den Besten in meiner Klasse“, erzählt er. Nach seinem Abitur wurde er direkt auch am Eritrean Institute of Technology aufgenommen und begann dort mit einem Studium im Bereich der Automobiltechnologie. Etwas, das ihn schon immer interessiert hat, wie Tekie sagt. Doch nach nur wenigen Semestern ändert sich plötzlich alles.

Zusammen mit anderen Studenten kritisierte Tekie öffentlich die Inhaftierung des damaligen eritreischen Patriarchen Abune Antonios durch die Behörden. „Wir waren der Überzeugung, dass er ohne rechtlichen Grund inhaftiert worden war. Nachdem wir unsere Meinung offen geäußert hatten, wurden wir von der Hochschulleitung bestraft“, erinnert sich Tekie zurück.

Er und andere Studierende seien als Reaktion auf ihren Protest gegen ihren Willen in den sogenannten Nationaldienst versetzt worden – einen obligatorischen und meist unbefristeten Zwangsdienst für alle Frauen und Männer ab 18 Jahren. Flüchtlingsorganisationen und Menschenrechtsaktivisten kritisieren den staatlich verordneten Zwangsdienst schon länger als moderne Sklaverei und berichten



Tedros Tekie flüchtete vor mehreren Jahren aus seiner Heimat Eritrea ins Saarland. Hier hat der 38-Jährige sich mittlerweile ein Leben als glücklicher Familienvater und Busfahrer aufgebaut. Bis zuletzt kämpfte er mit der Zentralen Ausländerbehörde um seine Niederlassungserlaubnis.

FOTO: TOM PETERSON

in dem Zusammenhang wiederholt auch von Menschenrechtsverletzungen. Tekie selbst wurde demnach als Lehrer an eine Schule geschickt. Und das zu einem Lohn, der umgerechnet nicht einmal 15 Euro im Monat wäre. Zu wenig, um zu überleben.

Wie viele seiner Landsmänner entschloss sich auch Tekie schließlich zu einem radikalen Schritt: „In dieser Zeit wurde mir immer klarer, dass ich in meinem Heimatland keine freie Zukunft haben würde. Ich wollte in Sicherheit leben und mein Studium fortsetzen. Deshalb entschied ich mich, Eritrea zu verlassen.“

Der erste Versuch, in den benachbarten Sudan zu fliehen, scheiterte jedoch. Er und zwei Freunde wur-

den an der Grenze vom eritreischen Geheimdienst festgenommen. Tekie musste daraufhin fast zweieinhalb Jahre in Gefangenschaft verbringen. Kurz nach seiner Freilassung unternimmt er einen erneuten Fluchtversuch in den Sudan, dieses Mal erfolgreich. „Doch meine Reise war noch nicht zu Ende. Im April 2012 reiste ich weiter nach Libyen. Die Zeit dort war sehr schwer. Mehrmals wurde ich von der Polizei festgenommen und in verschiedene Gefängnisse gebracht. Die Situation in Libyen war für mich teilweise sogar schlimmer als in Eritrea. Trotzdem gab ich nicht auf“, erinnert sich Tekie.

Nach etwa einem weiteren Jahr gelang ihm die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer nach

Italien, wo er ebenfalls rund ein Jahr verbrachte und als Flüchtling anerkannt wurde. Weil seine damalige Freundin jedoch weiter nach Deutschland zog und hier wenig später auch ihr gemeinsames Kind bekommt, reist Tekie ebenfalls weiter und erhält hierzulande einen befristeten Aufenthaltstitel. Eigentlich wollte er in Deutschland dann auch weiter studieren, erzählt Tekie. Wegen seines Aufenthaltsstatus konnte er jedoch zunächst nicht frei arbeiten. „Erst nach etwa drei Jahren erhielt ich die Möglichkeit, meinen Weg selbst zu gestalten“, schildert der 38-Jährige.

Tekie begann Deutsch zu lernen und startete eine Ausbildung zum Nutzfahrzeugmechatiker in Landstuhl. Parallel dazu absol-



Nicht alleine: In seinem Streit um seine Niederlassungserlaubnis wurde Tedros Tekie (Mitte) auch von Tobias Schunk (links) und Rechtsanwalt Bernhard Dahm vom Saarländischen Flüchtlingsrat unterstützt.

FOTO: TOM PETERSON

vierte er erfolgreich die Busführerscheinprüfung. Seit Februar 2023 arbeitet er nun als Busfahrer und unterstützt seinen Arbeitgeber zusätzlich noch in Teilzeit in der Werkstatt.

Von seiner damaligen Freundin hat sich Tekie zwar mittlerweile getrennt – doch die große Liebe hat er hierzulande wieder gefunden. Seit einem Jahr ist der 38-Jährige verheiratet, glücklicher Familienvater von drei Kindern und lebt bei Homburg. Einen großen Traum hegt er aber schon länger: „Ich möchte uns einmal ein eigenes Haus kaufen“, erzählt Tekie.

Leichter gesagt als getan. Wegen seines bisherigen Aufenthaltsstatus ist ein entsprechender Kredit bei der Bank alles andere als einfach zu bekommen. Bereits Anfang 2022 hat Tekie deswegen eine sogenannte Niederlassungserlaubnis bei der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Lebach beantragt. Mit dem Dokument würde der 38-Jährige nicht nur einen unbefristeten Aufenthaltstitel erhalten, sondern auch der Einbürgerung einen großen Schritt näher kommen.

Bis Tekie das alles entscheidende Dokument bekommen würde, sollte es jedoch ein anstrengender und mehr als vierjähriger Weg werden. Mehrfach habe die ZAB Unterlagen angefordert, darunter seinen eritreischen Nationalpass. Nachdem er diesen sich zunächst mühselig über die eritreische Botschaft beschafft hatte, behielt die Ausländerbehörde seinen Pass dann allerdings ein und teilte ihm mit, dass wegen Passbeschaffung sein Flüchtlingsstatus widerrufen werden solle.

Tekie holte sich darauf rechtlichen Beistand sowie Hilfe beim Saarländischen Flüchtlingsrat – und machte seinen Fall öffentlich. Letztendlich mit Erfolg: Nur wenige Tage, nachdem sich unsere Zeitung mit Tekie traf und eine entspre-

chende Anfrage an das zuständige Innenministerium stellte, erteilte die Behörde ihm seine Niederlassungserlaubnis. Demnach seien die letzten hierfür notwendigen Unterlagen der Behörde erst Ende Juni vorgelegt worden, wie ein Ministeriumssprecher erklärte.

Trotz Happy End – der Weg hierher hat den 38-Jährigen merklich gezeichnet. Und er hat eine wichtige Lektion gelernt: „Wenn ich auf mein Leben zurückblicke, sehe ich viele schwierige Jahre voller Unsicherheit, Gefängnis, Flucht und Herausforderungen. Gleichzeitig sehe ich aber auch Hoffnung, Mut und Ausdauer. Ich habe gelernt, niemals aufzugeben und immer an eine bessere Zukunft zu glauben“, erzählt Tekie. Einzig seine Eltern in Eritrea würden ihm noch immer fehlen. Seine Heimat und Zukunft sieht der 38-Jährige dennoch im Saarland – und ist seinem großen Traum vom eigenen Haus für die Familie nun einen wesentlichen Schritt näher. (nic)



Tedros Tekie machte eine Ausbildung in Deutschland zum Berufskraftfahrer und arbeitet mittlerweile als Busfahrer.

FOTO: SHAKATONI

Flüchtlingsrat kritisiert Missstände in Ausländerbehörde

LEBACH (pte) Kaum hat Tobias Schunk die Hotline-Nummer der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Lebach gewählt, erklingt eine künstliche Stimme: „Guten Tag, die Zentrale Ausländerbehörde in Lebach ist zurzeit telefonisch nicht erreichbar.“ Eine Situation, die laut Schunk, Vorstandsmitglied im Saarländischen Flüchtlingsrat (SFR), nicht erst seit gestern bestehe. „Mindestens seit dem 23. Februar ist die Zentrale Ausländerbehörde telefonisch zumindest über die zentrale Hotline nicht erreichbar“, erklärt er. Auch die jeweiligen Sachbearbeiter seien über ihre direkte Durchwahl so gut wie nie zu erreichen. Doch es ist nicht nur die fehlende telefonische Erreichbarkeit der Behörde, die Schunk bemängelt – und weswegen der SFR nun auch massiv den zuständigen Innenminister Reinhold Jost (SPD) kritisiert.

Für viele Betroffene, aber auch für Außenstehende sei die ZAB in Lebach seit Längerem eine Art „Blackbox“ – also eine undurchsichtige Behörde – für die Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Transparenz und Kundenfreundlich-

keit ein Fremdwort wären, moniert Schunk. Selbst für Anwälte gebe es mittlerweile kaum noch ein Durchkommen, kritisiert ebenso der unter anderem auf Migrationsrecht spezialisierte Rechtsanwalt Bernhard Dahm.

Wer sich etwa – wie von der Bandansage in der Telefonhotline empfohlen – per Mail an die Behörde wendet, erhalte demnach zunächst nur eine Eingangsbestätigung. In dieser werde direkt darauf hingewiesen, dass „aufgrund eines aktuell sehr hohen Aufkommens an Anfragen“ die Bearbeitung „mehrere Wochen“ in Anspruch nehmen könnte. Gleichzeitig wird dringend darum gebeten, von weiteren, auch telefonischen Anfragen abzusehen. Eine Situation, die für viele Betroffene offenbar auch nicht erst seit gestern existiert. Darauf weisen unter anderem mehrere entsprechende Schreiben hin, die unserer Redaktion vorliegen – das älteste davon datiert auf vor fast zwei Jahren.

Doch nicht nur die Erreichbarkeit, ebenso die teils extrem langen Bearbeitungszeiten sind laut dem SFR ein

großes Problem an der ZAB. Als Beispiel schildert Schunk den Fall eines Geflüchteten aus Eritrea, der mehr als vier Jahre auf seine Niederlassungs-

erlaubnis warten musste. „Kein Einzelfall“, wie Schunk betont. Viele Betroffene würden sich trotz sichtbarer Integrationsbemühung noch immer



Schon seit längerem gibt es Kritik an der schweren Erreichbarkeit der Zentralen Ausländerbehörde in Lebach sowie den dortigen Bearbeitungszeiten. Der Saarländische Flüchtlingsrat sieht jetzt auch Innenminister Reinhold Jost in der Pflicht, dies zu ändern.

FOTO: ROLF RUPPENTHAL

wie „Bittsteller“ fühlen, die „auf die Gnade der Ausländerbehörde angewiesen“ wären. Wenn es um Maßnahmen zu Lasten der Betroffenen gehe, würde die Behörde derweil immer Zeit haben, so Schunk.

Der SFR geizt daher auch nicht mit Kritik am zuständigen Innenminister „Reinhold Jost kann es nicht – oder er will es nicht. Er hat sich dazu entschieden, am Führungspersonal der Ausländerbehörde festzuhalten – und diese ist nicht willens oder in der Lage, den Missständen Abhilfe zu verschaffen.“ Dabei habe die saarländische SPD-Regierung bei ihrem Regierungsantritt versprochen hat, die Situation in der ZAB zu verbessern, betont Schunk.

Im Ministerium von Innenminister Jost reagiert man derweil verhalten auf die Kritik. „Die aktuelle Situation der Zentralen Ausländerbehörde ist vor dem Hintergrund der außergewöhnlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre zu bewerten“, heißt es auf eine entsprechende Anfrage unserer Zeitung. Demnach hätten die hohen Zugangszahlen infolge des

russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der insgesamt deutliche Anstieg ausländerrechtlicher Verfahren sowie die aktuell laufende Digitalisierung der Bestandsakten „zu einer erheblichen Mehrbelastung“ geführt. Dies wirke sich sowohl auf die Bearbeitungszeiten als auch auf die Erreichbarkeit der Behörde aus, wie ein Sprecher betonte.

Das Innenministerium verweist zudem auf die generell schwierige Thematik. Ausländerrechtliche Verfahren seien demnach „häufig komplex und erfordern neben der Mitwirkung der Antragsteller vielfach auch die Beteiligung weiterer Behörden sowie umfangreiche Identitäts- und Sicherheitsprüfungen“. Die Dauer eines Verfahrens hänge daher regelmäßig von einer Vielzahl von Faktoren ab. „Die Zentrale Ausländerbehörde arbeitet kontinuierlich daran, ihre Abläufe weiter zu optimieren“, erklärt der Ministeriumssprecher. Das Ministerium unterstütze diesen Prozess mit dem Ziel, Bearbeitungszeiten und Erreichbarkeit nachhaltig zu verbessern. (nic)